

ANFRAGE

des Abgeordneten Mag. Harald Schuh
an den Bundesminister für Inneres
betreffend **Bilanz über Eheschließungen und Verpartnerungen**

Parallelgesellschaftliche Strukturen und die Anwendung religiöser Vorschriften dürfen das österreichische Recht nicht unterlaufen. Aufgrund mehrerer Hinweise bestehen z.B. Bedenken, dass islamische Eheschließungen außerhalb der Standesämter stattfinden und damit für die Behörden unsichtbar bleiben. Solche Vorgänge untergraben die Rechtsordnung, erschweren Integration und können Missbrauchsmöglichkeiten bei Sozialleistungen eröffnen – etwa beim Unterhaltsvorschuss, wenn gesetzliche Ehe- und Familienverhältnisse nicht oder nur unvollständig erfasst werden. Wer in Österreich lebt, hat sich an die geltende Rechtsordnung zu halten. Religiöse Paralleljustiz und verdeckte Familienverhältnisse sind mit einem funktionierenden Rechtsstaat unvereinbar.

Im Interesse der Transparenz, der Rechtssicherheit und des Schutzes der Steuerzahler vor Sozialmissbrauch sind vollständige Auskünfte über den Kenntnisstand des Bundesministeriums für Inneres sowie über allfällige Gegenmaßnahmen unerlässlich.

In diesem Zusammenhang richtet der unterfertigte Abgeordnete an den Bundesminister für Inneres nachstehende

Anfrage

1. Wie viele Personen muslimischen Glaubens haben in den Jahren 2015 bis 2025 sowie im bisherigen Jahr 2026 in Österreich eine Ehe geschlossen? (Bitte um Aufschlüsselung nach Jahr und Bundesland)
 - a. In wie vielen Fällen handelte es sich um eine Eheschließung zwischen zwei Personen muslimischen Glaubens? (Bitte um Aufschlüsselung nach Jahr und Bundesland)
 - b. In wie vielen Fällen handelte es sich um eine Eheschließung zwischen einer Person muslimischen Glaubens und einer Person nicht-muslimischen Glaubens? (Bitte um Aufschlüsselung nach Jahr und Bundesland)
2. Wie viele Personen muslimischen Glaubens haben in den Jahren 2015 bis 2025 sowie im bisherigen Jahr 2026 in Österreich eine eingetragene Partnerschaft begründet? (Bitte um Aufschlüsselung nach Jahr und Bundesland)
 - a. In wie vielen Fällen handelte es sich um eine Verpartnerung zwischen zwei Personen muslimischen Glaubens? (Bitte um Aufschlüsselung nach Jahr und Bundesland)
 - b. In wie vielen Fällen handelte es sich um eine Verpartnerung zwischen einer Person muslimischen Glaubens und einer Person nicht-muslimischen Glaubens? (Bitte um Aufschlüsselung nach Jahr und Bundesland)
3. Wird die Religionszugehörigkeit der Eheschließenden bzw. der Partner bei der standesamtlichen Trauung bzw. bei der Begründung einer eingetragenen Partnerschaft erfasst?

- a. Wenn ja, auf welcher Rechtsgrundlage und in welcher Form?
- b. Wenn nein, welche statistischen oder sonstigen Quellen stehen dem Ressort zur Beantwortung der Fragen 1 und 2 zur Verfügung?
4. Bestehen im Ressort aktuell Bedenken, dass eine Dunkelziffer an ausschließlich nach religiösen Vorschriften geschlossenen Ehen von Muslimen existiert, die den Standesämtern nicht bekannt sind?
5. Welche konkreten Hinweise liegen dem Ressort seit 2015 vor, dass Muslime in Österreich ausschließlich religiös heiraten und diese Verbindungen für die Standesamtsbehörden unsichtbar bleiben?
6. Welche Erkenntnisse liegen dem Ressort über Anzahl, organisatorische Durchführung und beteiligte Einrichtungen (insbesondere Moscheen, Vereine, Imame) derartiger religiöser Eheschließungen vor?
 - a. Wie viele Veranstaltungen für muslimische Hochzeiten wurden den Veranstaltungsbehörden seit 2015 angezeigt bzw. dort angemeldet? (Bitte um Aufschlüsselung nach Jahr und Bundesland)
 - b. Deckt sich seit 2015 die Anzahl der Veranstaltungsanmeldungen für muslimische Hochzeiten mit den Daten der Standesämter? (Bitte um Aufschlüsselung nach Jahr und Bundesland)
7. Inwieweit ist dem Ressort bekannt, dass nicht standesamtlich erfasste Verbindungen im Zusammenhang mit Sozialleistungen, insbesondere dem Unterhaltsvorschuss, geltend gemacht oder verschwiegen werden?
8. Welche Maßnahmen setzt das Ressort, um auszuschließen, dass durch ausschließlich religiöse Eheschließungen Sozialbetrug, etwa im Bereich des Unterhaltsvorschusses oder der Sozialhilfe, entsteht?
9. Welche Kooperation besteht mit dem Sozialministerium, dem Integrationsministerium, den Ländern und den Standesämtern zur Aufdeckung derartiger Missbrauchsfälle?
10. Wie viele Anzeigen, Verwaltungsstrafverfahren oder sonstige Verfahren im Zusammenhang mit nicht standesamtlich geschlossenen Ehen bzw. mit Mehrehen sind dem Ressort seit 2015 bekannt? (Bitte um Aufschlüsselung nach Jahr und Bundesland)
11. Welche gesetzlichen oder organisatorischen Änderungen sind geplant oder in Prüfung, um religiöse Eheschließungen, die ohne Berücksichtigung des österreichischen Personenstandsrechts vollzogen werden, zu unterbinden oder zumindest vollständig zu erfassen?

for Edel
MLG
Kriegner
HL

	Unterzeichner	Parlamentsdirektion
	Datum/Zeit-UTC	2026-10-06T14:43:02+02:00
Prüfinformation	Dieses Dokument wurde elektronisch besiegelt. Informationen zur Prüfung des elektronischen Siegels und des Ausdrucks finden Sie unter: https://www.parlament.gv.at/siegel	